

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

1.2.1930 (No. 28)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 853 und 854, Postfachkonto, Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Uennd, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigensatz: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanzwöcker Bezahlung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reichsbahn und Kraftwagenverkehr

Für Konzessionspflicht

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft veröffentlicht eine Schrift, in der sie das Problem Reichsbahn und Kraftwagenverkehr in seinen wichtigsten Punkten behandelt.

In dem ersten Kapitel beschäftigt sich die Schrift mit den Auswirkungen des Kraftwagenverkehrs auf die Finanzen der Reichsbahn. Bei der für den Personen- und Güterverkehr zunächst getrennt aufgemachten Ausfallberechnung kommt die Reichsbahn zu einem Gesamtergebnis ausfall, der 1929 bereits rund 410 Millionen Reichsmark betrug. In einem weiteren Abschnitt "Verkehrsverbilligung aus Ansehen der Allgemeinheit" wird dargelegt, in welchem ungeheuren Ausmaße der Kraftwagenverkehr heute auf Kosten der Allgemeinheit verbilligt werde. Allein an den Straßentaxen machte die Begünstigung zur Zeit jährlich eine halbe Milliarde Reichsmark aus.

Im dritten Kapitel werden die Möglichkeiten einer volkswirtschaftlich gefundenen Verkehrsleistung untersucht. Den Verkehr mit Privatpersonenwagen erkennt die Reichsbahn als eine im Vergleich zur Schienenbeförderung individuellere Bedienung an. Ebenso erkennt die Reichsbahn den Lastkraftwagen für den Überlandverkehr da als einen verkehrswirtschaftlichen Fortschritt an, wo er durch seine technische Eigenart den Verkehr an sich zieht. Sie lehnt ihn aber als volkswirtschaftlich ungeeignet und schädlich ab, wo er nur das Mittel ist, mit dem der einzelne aus einer künstlichen Verbilligung der Selbstkosten und aus der ungleichen Belastung der beiden Verkehrsarten für öffentliche Zwecke Sonderprivilegien zieht, die mit einer Schädigung der Allgemeinheit verbunden sind. Weiter beschäftigt sich die Schrift mit der Möglichkeit, den Kraftwagen im Dienste der Reichsbahn zu verwenden. Diese Möglichkeiten halten sich aber in wesentlich engeren Grenzen, als vielfach angenommen wird.

Im Schlußabschnitt wird dargelegt, daß eine Verschärfung der Konzessionsgesetzgebung unvermeidlich ist, wenn man den gegenseitigen Wettstreit der beiden Verkehrsarten im Hinblick darauf, daß er die Beförderungskreise weitgehend individualisiert, überwiegend als nachteilig für die Wirtschaft ansieht. Zum Schutze der Eisenbahnen und der Allgemeinheit müßte jede Kraftwagenleistung gegen Entgelt im weiteren Überlandverkehr einer Konzessionspflicht unterworfen werden.

Reichstagsführung über Haag erst am 7. Februar

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates beschäftigten sich am Freitag mit dem Haager Abkommen, der Änderung des Reichsbankstatutes, des Reichsbahngesetzes und des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens. Die Beratungen hierüber werden voraussichtlich auch noch den Samstag in Anspruch nehmen. Am Montag und Dienstag werden die Ausschüsse des Reichsrates das Rahmengesetz über das Liquidationsabkommen beraten, so daß die Vollziehung des Reichsrates erst für Mittwoch erwartet wird. Aus diesem Grunde wird angenommen, daß die für Mittwoch, den 6. Februar, angelegte Vollziehung des Reichstages auf Freitag, den 7. Februar, verschoben wird.

Gegen eine Gefahrengemeinschaft

für sämtliche sozialer Versicherungseinrichtungen

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände vertritt sich in einer Kundgebung entschieden gegen die, immer stärker werdende Ansicht, die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Bildung einer Gefahrengemeinschaft sämtlicher sozialer Versicherungszweige vorzunehmen. Die Durchführung eines solchen Planes würde in erster Linie auf eine Inanspruchnahme der Mittel der Arbeitslosenversicherung und der Angestelltenversicherung hinauslaufen. Die Reserven dieser Versicherungszweige seien aber infolge des Krieges und der Inflation ohnehin weit hinter den zur Sicherung der Leistungserfüllung erforderlichen Mitteln zurückgeblieben. Das gelte ganz besonders von der Invalidenversicherung, die, wenn nicht bald neue Einnahmequellen beschaffen werden, in Kürze zur Inanspruchnahme ihrer Reserven gezwungen sein werde. Aber auch in der Angestelltenversicherung bestehe nach den neuesten versicherungstechnischen Feststellungen zur Deckung der Anwartschaften noch ein Fehlbetrag, und außerdem sei in beiden Versicherungszweigen ein Ausbau der Leistungen dringend notwendig.

Die Reichsindexziffer

Für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar auf 151,6 gegenüber 152,6 im Vormonat. Sie ist somit um 0,7 Proz. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen. Hierbei wirkte sich der Rückgang der Preise für Milch, Butter und Eier stärker aus als die für Kartoffeln und Gemüse eingetretene Preisrückbildung. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913 bis 1914 = 100): Für Ernährung 150,2 für Wohnung 126,7, für Heizung und Beleuchtung 153,3, für Bekleidung 169,3, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 193,0.

Die Befestigungsstärke. Nach der Räumung der zweiten rheinischen Befestigungszone hat von der dritten Zone das bestfeste befestigte Gebiet jetzt auch die absolut höchste Befestigungsstärke. Sie betrug Mitte Dezember 14 500 Mann, in der Pfalz standen zu dieser Zeit 11 800, im preussischen befestigten Gebiet 7700 und am badischen Rheiner Brückenkopf 1500 Befestigungsstruppen, so daß die Befestigungsstärke noch rund 35 000 Mann beträgt.

Ein neuer Transport deutschstämmiger Auswanderer aus Rußland wird am Montag von Bremen aus mit dem Dampfer „Botta“ des Norddeutschen Lloyd nach Sao Francisco do Sul (Südbrazilien) befördert. Der Transport besteht aus 300 Männern, Frauen und Kindern.

Letzte Nachrichten

Die Dauer der Flottenkonferenz

PARIS, 1. Febr. (Tel.) Dem Sonderberichterstatter eines nationalitären Blattes zufolge hat Lardieu den 1. März als voraussichtlichen Endtermin der Londoner Flottenkonferenz bezeichnet. Die Engländer glauben, daß die am 21. Januar eröffnete Konferenz acht Wochen in Anspruch nehmen werde, die Amerikaner aber rechnen mit zwölf Wochen.

Nach dem Typ der „Ersatz Preußen“

PARIS, 1. Febr. (Tel.) „Chicago Tribune“ berichtet aus London, daß Frankreich beabsichtigt, einen großen Teil der von ihm gewünschten 175 000 Tonnen für die Kategorie der Großkampfschiffe zur Schaffung großer Kreuzer nach dem Typ der „Ersatz Preußen“, bestückt mit 11- oder 12zölligen Geschützen, zu verwenden. Man rechnet damit, daß diese neue französische Kategorie etwa 15 000 Tonnen Wasserverdrängung aufweisen werde, da man in Frankreich das deutsche Geheimnis der Herstellung von Aluminium, das widerstandsfähig gegen Seewasser und salzhaltige Luft sei, nicht kenne und auch nicht die Verbesserungen, die auf dem deutschen Kreuzer vorgenommen seien. Da Deutschland nach dem Versailler Vertrag sechs Kreuzer dieser Klasse zugestanden seien, beabsichtigt die französische Regierung, zum mindesten die gleiche Zahl, wenn möglich aber sieben oder acht Kreuzer, zu bauen. Die Baupläne für diese Schiffe seien bereits in Vorbereitung.

Mißtrauensantrag in Preußen

BERLIN, 1. Febr. (Tel.) Die Wirtschaftspartei und mehrere Abgeordnete der Deutschen Fraktion haben heute im Preussischen Landtag gegen den Ministerpräsidenten Brauns einen Mißtrauensantrag eingebracht, der mit der Ernennung des Sozialdemokraten Grimme zum Kultusminister begründet wird.

Die Erziehung in Hapsoltsweiler

PARIS, 1. Febr. (Tel.) Bei der Erziehung für den zum Senator gewählten katholischen Abgeordneten Pfleger in Hapsoltsweiler war bekanntlich im ersten Wahlgang der nationalkatholische Kandidat an die erste Stelle gekommen, an die zweite der autonomistische Kandidat und an die dritte der Sozialist. Die Sozialisten haben nunmehr beschlossene, ihren Kandidaten zurückzugeben und ihren Wählern völlige Stimmhaltung zu empfehlen. Es wird sich nun darum handeln, ob der Parole der Partei Folge geleistet wird. Bei Beurteilung der Lage muß man berücksichtigen, daß Pfleger Nationalkatholik und der entschiedenste Gegner der autonomistischen Richtung des Abbé Haegy ist.

Die Finanzlage Englands

Eine Rede Snowdens
LONDON, 1. Febr. (Tel.) Schatzkanzler Snowden jagte gestern Abend bei einem Essen der Handelskammer vor Leeds u. a., wenn sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer in den nächsten zwei Monaten nicht wesentlich besserten, dann werde der Budgetvoranschlag des letzten Jahres nicht zutreffen. Snowden erklärte: Er werde unter keinen Umständen vom Kapital leben, um die laufenden und die künftigen Ausgaben zu decken. Er werde nur die unbedingt notwendigen Ausgaben genehmigen. Größere Ersparnisse würden sich aber in der nächsten Zeit nur auf dem Gebiet der Rüstungen und vielleicht auf dem der Kriegsschulden ermöglichen lassen, trotzdem bestesse kein Anlaß zum Pessimismus. U. a. sei die Lage des Rohstoffmarktes hoffnungsvoll, und es sei zu hoffen, daß es in absehbarer Zeit eine dauernde Besserung des Handels geben werde, die es ermöglichen würde, die nationalen Schulden wirklich zu vermindern.

Englische Mißbilligung zur Princip-Ährung

LONDON, 1. Febr. (Priv.-Tel.) Verschiedene Londoner Blätter nehmen an der geplanten Enthüllung einer Gedenktafel für den Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gattin Anstoß. So schreibt „Daily Chronicle“: Serbiens politische Geschichte hat allzu viele Morde aufzuweisen, und Serbien ist unflug, wenn es die Welt daran erinnert. Aber das ist nicht Alles. Die Frage der Schuld oder Unschuld Serbiens im Jahre 1914 drehte sich um die Verantwortung seiner Regierung. Willigt die serbische Monarchie heute das Princip-Deutmal? Man darf nicht vergessen, daß König Alexander jetzt Diktator ist, und ohne seine Genehmigung könnte das Deutmal unmöglich enthüllt werden.

Zur Lage in Spanien

Studentenunruhen gegen Primo de Rivera

PARIS, 1. Febr. (Tel.) Wie Havas aus Madrid meldet, sind sämtliche Studenten, die auf Grund der Unruhen der letzten Tage in den verschiedenen Städten verhaftet worden sind, wieder freigelassen worden. Um die Befreiung dieser Kameraden zu feiern, hätten die Studenten ein „Leidenbegangnis der Diktatur“ vorgenommen, indem sie die Bilder des Generals Primo de Rivera, die aus den Fakultätsräumen entfernt worden seien, verbrannten. In Oviedo seien in sämtlichen Straßen die Tafeln, die den Namen Primo de Rivera trugen, von den Studenten entfernt worden.

Weiter wird berichtet, daß die Zivilgouverneure mehrerer Provinzen der Regierung ihre Demission eingereicht haben, u. a. der Gouverneur von Barcelona.

*Zur innerpolitischen Lage

Es wäre ein Beweis von Kurzsichtigkeit, wenn man den Vorstoß der Zentrumspartei als eine Aktion bezeichnen würde, die die großen Schwierigkeiten, mit denen jetzt das Reichskabinett und die Regierungskoalition im Reich zu kämpfen haben, hervorgerufen hat. Die Sache ist vielmehr so, daß in den Beschlüssen des Zentrums die ganz logische Konsequenz aus einer bestehenden Situation gezogen wird, und daß diese Situation bereits seit Monaten krisenhafte Züge trägt.

Wir sind die letzten, die in der Politik dem Pessimismus das Wort reden möchten. Die Leistungen des deutschen Volkes in den elf Jahren seit Kriegsende berechtigten wahrlich zu einem hoffnungsfreudigen Ausblick in die Zukunft. Was aber gar nicht ernst genug beurteilt werden kann, das ist die Finanz- und Steuernot der Gegenwart. Hier wäre allerdings Optimismus eine Leichtfertigkeit.

Wir brauchen nicht zu verzweifeln, und wir werden auch nicht verzweifeln. Aber das Tor zu jener besseren und glücklicheren Zukunft wird sich nur dann für uns öffnen, wenn wir den Schutthaufen, der vor der Tür liegt, abtragen. Dazu gehört, daß unser ganzes Volk mit allen seinen sozialen Schichten und Parteien die Bedeutung dieses Schutthaufens rechten Sinnes erkennt und gleichzeitig darangeht, ihn in gemeinsamer Arbeit hinwegzuräumen. Ein Vergnügen wird das natürlich nicht sein.

Wenn man die Dinge hätte laufen lassen, wie sie nach dem Willen eines Teils der Regierungskoalition wahrscheinlich gelaufen wären, dann würden die Young-Gesetze sehr rasch mit einer imposanten Mehrheit erledigt worden sein, es würde aber die Möglichkeit bestanden haben, daß danach die Parteien, die wohl die Verantwortung für das Haager Abkommen und die erfreulichen Fortschritte der Außenpolitik, aber nicht für die immer unpopuläre Finanz- und Steuerreform tragen wollen, aus der Koalition ausscheiden. Und der Gedanke lag deshalb wohl nahe, die Koalition auf ein Gesamtprogramm festzulegen, auf ein Programm, welches die Erledigung der Young-Gesetze, die Behebung der Steuernot und die Finanz- und Steuerreform miteinander vereint.

Bezeichnenderweise hat auch der Reichsrat jetzt einer Durchpfeifung der Young-Gesetze Widerstand geleistet. Auch die Länder sind so oder so der Ansicht, daß Haager Abkommen und Finanzreform im engsten Zusammenhange stehen. Da nach den Abmachungen im Haag keine neuen Anleihen aufgelegt werden sollen, müßten von den Überschüssen des Youngplanes außer der Tilgung der Schulden auch die Mehrüberweisungen an die Länder bestritten werden. Es würde dann so gut wie nichts übrigbleiben. Das heißt auf deutsch, daß damit auch die Frage des Finanzausgleichs und der Steuerreform akut wird, über Art und Umfang der Steuererhöhungen muß man sich jetzt einigen. Und bei der innigen finanzpolitischen Verquickung mit dem Youngplan kann das nur auf der Basis einer gemeinsamen Erledigung aller drei großen Fragen geschehen. Da die Young-Gesetze bis zur Mitte dieses Monats ratifiziert werden sollen, werden also die Entscheidungen über die Finanz- und Steuerreform schon in allernächster Zeit gefällt werden müssen.

Was den Finanzausgleich betrifft, so bestehen auch im Reichsrat selbst gewisse Gegenätze. Vor allem bemerkenswert ist der Gegensatz zwischen den Ländern mit Steuerüberschüssen (Preußen, Sachsen und Lübeck) und den anderen Ländern. Die Länder mit Steuerüberschüssen fordern, daß diese Überschüsse nur für sie selbst verwendet werden, daß also das Reich die Defizite deckt. Für Preußen würde das praktisch eine Zuschußsumme von 90 Millionen für das nächste Jahr bedeuten.

Natürlich wird für jeden ruhig denkenden Staatsbürger auch hierdurch die Richtigkeit der Auffassung bewiesen, daß es am besten wäre, wenn man die alte finanzielle Selbstständigkeit der Länder — mit vernünftigen Modifikationen — wiederherstellte. Ein jedes Land würde dann im wesentlichen aus Eigenem seine finanziellen Bedürfnisse zu befriedigen haben. Dabei wäre es allerdings selbstverständlich, daß solchen Ländern, die wohl an und für sich das Recht auf Eigenstaatlichkeit haben, aber unter der Ungunst der neuen Grenzziehung besonders schwer leiden, in verständnisvoller Weise unter den Arm gegriffen wird. Jedenfalls müßte hier im Süden der einseitige Standpunkt, daß die durch ihre geographische Lage bevorzugten Länder alle Vorteile nur für sich verwenden, bekämpft und abgelehnt werden. Alle Länder sind solidarisch verbunden. Und es ist ganz klar, daß demgemäß

derjenige, der im Überflut schwimmt, dem etwas Schwächeren beizuspringen hat. Nicht mit Unrecht fürchtet man hier im Süden die Möglichkeiten einer Verpreuung. Die Verpreuung würde eben dadurch eingeleitet werden, daß Preußen seine finanziell und wirtschaftlich bessere Situation rücksichtslos ausnützt, um die anderen Länder kaputt zu machen. Das wäre dann eine neue Art Zentralisierung auf dem Umwege über die Verpreuung!

Man sollte im Norden den Unmut, der sich allmählich in den süddeutschen Ländern ansammelt, nicht unterschätzen. Immer war es das Bestreben der Bismarckschen Politik, Süddeutschland in freudiger Stimmung beim Reich zu halten. Diese Freudigkeit der Stimmung würde vernichtet werden, wenn man dazu überginge, die süddeutschen Staaten nur deshalb, weil sie finanzpolitisch nicht so glücklich dran sind wie Preußen, als Glieder zweiten Ranges zu behandeln.

Am Montag soll eine Besprechung zwischen den Führern der Regierungsparteien und den Mitgliedern des Reichskabinetts über die Frage der Finanzpolitik und Finanzreform stattfinden. Und bis Mitte nächster Woche werden die Finanzminister der Länder die Finanzfrage eingehend in Berlin erörtern. Wie man hört, soll bei den nichtsozialistischen Parteien starke Verstimmung darüber herrschen, daß der Reichsarbeitsminister im Nachtragsetat neue Anforderungen für die Sozialpolitik gestellt habe. Wahrscheinlich wird es darüber zu schweren Auseinandersetzungen kommen.

In Preußen ist die Große Koalition bis jetzt nicht zustande gekommen. Dafür hat überraschend ein Wechsel im Kultusministerium stattgefunden. Die Sozialdemokratie hatte bei den Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition Dr. Becker's Ausscheiden aus seinem Amte verlangt und für ihn einen Kandidaten vorgeschlagen, der allen übrigen Parteien nicht sonderlich genehm war. Als die Koalitionsverhandlungen sich zerschlugen, zog Dr. Becker selbst die Konsequenz aus der Situation. Und der preussische Ministerpräsident ernannte den sozialdemokratischen Vizepräsidenten des brandenburgischen Provinzialschulkollegiums, Herrn Grimme, zu seinem Nachfolger. Die übrigen Koalitionsparteien sind dabei nicht weiter gefragt worden. Doch heißt es, daß sich das Zentrum mit der Ernennung abfinden werde.

Zimmerlin wird auch durch den Verlauf dieser Koalitionsverhandlungen die innerpolitische Unruhe deutlich genug gekennzeichnet. Und auch die Tatsache, daß sich in der vorigen Woche zwei neue Rechtsparteien der Öffentlichkeit vorgestellt haben, ist zweifellos jedenfalls geeignet, die Augen aller Politiker auf die stürmische Entwicklung zu lenken, die das Parteileben in Deutschland zur Zeit durchmacht. Der Jungdeutsche Orden wird sich unter dem Namen „Volkswirtschaftliche Vereinigung“ als besondere Partei betätigen, und die aus der deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedenen Abgeordneten werden als „Volkskonservative Vereinigung“ selbständig politisch treiben. Wir werden noch in der nächsten Woche auf diese neuen Parteigründungen zu sprechen kommen.

Auch Abbruch der Dirshauer Brücke? Wie die „Deutsche Ztg.“ erfahren haben will, will Polen nach dem Abbruch der großen Künstlerwalder Brücke nun auch den Abbruch der Dirshauer Eisenbahnbrücke planen.

Karlsruher Konzerte

Auf der Vortragsfolge des fünften Sinfoniekonzertes standen je eine Haydn- und Brahms-Sinfonie und dazwischen das „Symphonie espagnole“. Das war nun gewiß kein sehr zugkräftiges Programm, dementsprechend blieb leider auch der Besuch recht mäßig. Natürlich, auch eine etwaige Neuaufnahme oder gar eine Uraufführung hätten ebenjowenig befürdernd wirken können, aber es scheint uns doch einmal nötig, gerade bei diesem Anlaß über einige der Gründe zu sprechen, die überhaupt im jetzigen Winter einen merklichen Rückgang der Besucherzahl verursacht haben. Vor allem: Eine Minderung des Publikumsinteresses dünkt uns aus dem insgesamt viel zu gleichmäßig angelegten Ausführungsplan zu resultieren, und zwar nicht bloß, weil sich die Vortragswahl vorwiegend auf eine begrenzte Verwertung der vorhandenen Bibliotheksbestände beschränkt, sondern weil auch die angelegte Solistenreihe nicht Abwechslung genug bietet. So hörten wir z. B. im letzten Konzert einen Violinisten, und im nächsten werden wir schon wieder einem Geiger begegnen. Parallel sahen kurz hintereinander je in einem Sinfonie- und in einem Volkskonzert zwei Sniegeiger auf dem Podium vor nahezu der gleichen Hörerschaft. Wie sollen aber hochgepannte künstlerische Erwartungen gewahrt werden und in starker Frequenz ihren sichtbaren Ausdruck finden, wenn man so ohne zielbewußten Aufbau arbeitet und neben aller auf die einzelne Ausführung verwandten Sorgfalt in der Auswahl von Werken und Solisten jede anregende Disposition vermissen läßt? Schließlich sind doch unsere Konzerte etwas mehr als eine museale Institution, und es entspricht auch weit eher dem Kulturniveau unseres ausgezeichneten Orchesterapparates, wenn er seine konzertante Tätigkeit zu einer lebendigen Angelegenheit zu machen vermag, anstatt seine Zustucht zu einer Spielfolge nehmen zu müssen, deren Zusammenstellung man deutlich das Programmleidend anmerkt.

Von diesem prinzipiellen Einwand abgesehen, brachte allerdings das letzte Konzert zumal in seinen beiden Orchesterabenden überraschend schöne Momente. Schon Haydn's „Schulmeister“ erfährt eine frische Ausdeutung, von der nicht einmal Keeser behaupten dürfen, daß in ihr allzuviel Reizdunst stecke. Noch mehr erhebt es des Dirigenten Josef Krübs ehrlüche und insbesondere mit der Romantik eng verwachsene Wesensart, wie er rein orchestertechisch die zweite Sinfonie von Brahms sehr wirkungsvoll anlegte. Zwischenburch hörte man noch das spanische Sinfonie, heute aus purer Verlegenheit zu einem dreijährigen Violinkonzert degradiert und als solches ganz verständliches Mittelglied der Kunst, inhaltlich aber mit manchem Fragezeichen gegenwärtig nur genießbar. Ottomar Vogt spielte den Solopart unabhängig vom Notenblatt und ungewisselhaft auch mit der notwendigen technischen Geschlossenheit. Bei einigen wirksam aufgebauten Akzenten hätte er freilich noch mehr aus einer gewissen kühlen Reserve heraustraten sol-

Um ein Getreidemonopol

Am Freitag hat eine Besprechung im Reichsernährungsministerium in Berlin zwischen Vertretern der Landwirtschaft, des Getreide- und Mehlhandels und der Bäcker stattgefunden. Die Nachricht über eine angebliche Erklärung des Ministers Dietrich, nach der der Minister von einem kommenden Getreidemonopol gesprochen habe, wird als unzutreffend bezeichnet. Der Minister hat vielmehr gesagt, falls keine Lösung der Frage in dem von ihm gewollten Sinne gefunden werde, müsse befristet werden, daß eventuell ein Reichsmonopol kommen könne. Er hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß er persönlich durchaus ein Gegner des Getreidemonopols ist.

Vertrauensvotum für die thüringische Regierung

Der Thüringer Landtag nahm am Freitag eine Entschließung der bürgerlichen Parteien mit 28 gegen 20 Stimmen der Linken und der Demokraten an, nach der der Landtag die Regierungserklärung billigt und der Regierung das Vertrauen ausspricht. Eine sozialdemokratische Entschließung, nach der die Regierung beauftragt werden sollte, im Reichsrat für die Vorlage der Reichsregierung über das Saager Abkommen zu stimmen, wurde mit 28 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Für die sozialdemokratische Entschließung stimmten außer den Antragstellern der demokratische Abgeordnete und die Deutsche Volkspartei, während außer den anderen bürgerlichen Parteien auch die Kommunisten gegen den Antrag stimmten.

Neue Kommunistenwahlen

In Hamburg wurde am Freitag eine große Erwerbslosenversammlung abgehalten, an der sich etwa 3000 Personen beteiligten. Im Anschluß an diese Versammlung kam es zwischen der Polizei und Demonstranten zu Zusammenstößen. Die Polizeibeamten machten von der Schußwaffe Gebrauch. 20 Personen wurden verhaftet. Um 4 Uhr nachmittags war die Ruhe wiederhergestellt.

W.B. Hamburg, 1. Febr. Bei Zusammenstößen am Holtenplatz erlitt ein junger Mann eine Schußverletzung. Er starb im Hospitalkrankenhaus. Es soll sich um einen 16jährigen Lehrling handeln. Die vergangene Nacht verlief ruhig.

Die Berliner Polizei hat angefangen, die von den Erwerbslosen am 1. Februar beabsichtigten Demonstrationen ausgedehnte Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Bei einer polizeilichen Durchsicherung eines kommunistischen Verkehrslokals in Berlin wurden 80 Personen festgenommen. Sie bleiben vorläufig in Schutzhaft, da sie als Führer bei der für Samstag geplanten Durchbrechung des Demonstrationsverbotes dienen sollten.

Der amerikanische Goldüberfluß

W.B. New York, 1. Febr. (Tel.) Der Gouverneur des Bundesreservbank, Ray Young, demontiert die von der New-Yorker Presse in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte, daß die Bundesbankbehörde den Plan erwäge, den die gesetzliche Reserve überschreitenden Goldbestand der Bundesreservbank in Höhe von etwa 1400 Millionen Dollars im Umlauf zu deponieren. Ray Young erklärt, daß das Bundesreservbankamt zu einer solchen Maßnahme statutenmäßig nicht berechtigt sei.

Ein Disziplinarverfahren. Die thüringische Rechtsregierung hat, wie mehrere Blätter aus Weimar melden, gegen den Ministerialsekretär Seele in Weimar ein Disziplinarverfahren eröffnet. Es soll sich um einen von Seele mitunterzeichneten Anruf des Reichsbanners am Tage der Regierungswahl, in dem erklärt wird, daß Thüringen in Zukunft von einem Verfassungsmäßig regiert werde, der wegen Hochverrats mit 15 Monaten Gefängnis bestraft worden ist.

Schlange-Schönungen aus dem Stahlhelm ausgeschlossen. Der Landesverband Bommern des Stahlhelm hat den Reichstagsabgeordneten Schlange-Schönungen aus dem Stahlhelm ausgeschlossen. Als Begründung wird angeführt, daß der Abgeordnete im Reichstag gegen das Freiheitsgesetz gestimmt hat und daß er bei seinem Austritt aus der Fraktion der deutschnationalen Volkspartei sich nicht an die ursprünglich gegebene Zusage gehalten habe, sein Mandat niederzulegen.

ten, um für das wenig deliquente Werk durch individuell musikalische Vollkraft stärker zu werden. Gleichwohl fand der Solist bei den Zuhörern durchaus gerechtfertigten lebhaften Anklang.

Die dem **Bayreuther Bund der deutschen Jugend** angehörende Ortsgruppe hatte zu einem Vortrag eingeladen, dessen Thema einfach „Warum geht der Deutsche nach Bayreuth?“ lautete, der jedoch das politisch-programmatische Problem des Bayreuther Festspielgedankens auf Grund der Wagner'schen Regenerationstheorie behandelte. Redner war der stadt-rätliche Rechtsanwalt Dr. Edwin Müller, der im Sinne dieser Idee über die Werte als Mittel zur Erfüllung eines Zukunftstraumes sprach und die Grundzüge von Wagners Entwicklungstheorie bloßlegte. Es war sehr aufschlußreich, aus diesem der ästhetischen Vorstellungsregion sonst weit entrückten Gebiet etwas Zusammenhangendes zu erfahren, ja die Bedeutung des gewählten Themas schien uns wichtig genug, dem Redner eine baldige Drucklegung seines Vortrages zu empfehlen. Insbesondere der Gesichtspunkt, von dem er aus den „Ring des Nibelungen“ erklärte, dürfte selbst kritischer Überprüfung standhalten oder wenigstens zu erneut interessanter und sachlicher Durchsprechung anregen. Leider war gerade die Jugend, vor der doch der Redner in erster Linie sprechen sollte, der Veranstaltung meist ferngeblieben.

Badische Gewerbebücherei Karlsruhe

Der Bücherschatz und die Vorlagenwerke dieser staatlichen öffentlichen Bibliothek werden während der langen Winterabende und der gegenwärtigen Zeit starker Arbeitslosigkeit zum Lesen und zur beruflichen Weiterbildung stark in Anspruch genommen. Wir möchten auch unsere Leser auf die Benutzung hinweisen; nur die Kosten der Rücksendung entliehener Werke, die 5 Wochen behalten werden dürfen, sind zu zahlen. Die Bibliotheksforderung und eine Bekanntmachung, welche die genauen Benützungsbedingungen, die Pflegegebiete der Bücherei und die Öffnungszeiten des Lesesaals enthält, wird auf Ersuchen (Postkarte genügt) unentgeltlich abgegeben. Zur Aufgabe einer Bestellung genügt schon eine Umschreibung der Wünsche. Kataloge gibt die Bücherei zu billigen Preisen ab. So kostet der jetzt erschienene 3. Nachtragskatalog bei 300 Seiten Umfang nur 2 M. Die Bücherei pflegt alle Gebiete des Gewerbes, des Handels, der Industrie, der Haus- und Landwirtschaft und Gärtnerei. Es finden können sich unterrichten, aber auch vor Schäden bewahren, wenn sie die mit der Gewerbebücherei verbundenen **Patentschriften-Ausgestelle** benützen, das macht nicht nur keine Kosten, sondern es werden auch die Formulare zur Anmeldung von Patenten und Gebrauchsmustern unentgeltlich abgegeben. Die jetzigen langen Winterabende dürften manchem unserer Leser Gelegenheit zur Beanpruchung dieser staatlichen Einrichtungen geben, zumal sie nichts kostet.

Die **Beweisaufnahme gegen Böh** abgeschlossen. Laut „Totalanzeiger“ ist die Beweisaufnahme im Verfahren gegen den Oberbürgermeister Böh abgeschlossen. Die Akten liegen augenblicklich dem Oberpräsidenten zur Entscheidung vor. In etwa acht Tagen wird noch die gesetzlich vorgeschriebene Schlussvernehmung von Böh durch den Untersuchungskommissar stattfinden. Bis dahin dürfte sich der Oberpräsident darüber schlüssig geworden sein, ob er dem Bezirksauschuß die Weiterführung des Verfahrens oder die Einstellung des Verfahrens vorschlagen will.

Die „Grüne Woche“ in Berlin. Heute, Samstag, wurde in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin die alljährlich wiederkehrende landwirtschaftliche Ausstellung und Messe „Grüne Woche Berlin“ eröffnet. Diese alle Gebiete der Landwirtschaft umfassende Ausstellung wird in diesem Jahre acht Hallen mit rund 55 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche umfassen.

Abreise der mexikanischen Gesandtschaft aus Moskau. Die mexikanische Gesandtschaft mit dem ehemaligen Geschäftsträger Ratti an der Spitze hat Moskau verlassen.

Die Gerüchte um Kutiepov

W.B. Paris, 1. Febr. (Tel.) Nach dem „Echo de Paris“ läßt die Sowjetregierung formell die Gerüchte dementieren, daß der russische General Kutiepov von Somjetagen in Paris entführt worden sei. Trotz dieses Dementis legt das Blatt seinen außerordentlich scharfen Kampf gegen die Sowjets fort und will sogar neue Beweise dafür erbringen können, daß General Kutiepov tatsächlich in einem bolschewistischen Hinterhalt geraten sei.

Die hier erscheinende russische Emigrantenzitung „Renais-sance“ hat gestern von einem Unbekannten ein Schreiben erhalten, in dem dieser sich gegen Zahlung einer hohen Entschädigung bereit erklärt, sofort anzugeben, wo die Leiche des ver-mißten Generals Kutiepov zu finden sei. Die russische Zeitung hat auf Grund dieses Schreibens bekanntgegeben, daß sie dem anonymen Einsender 100 000 Franken zur Verfügung stelle, falls er tatsächlich keine Angabe wahrnehmen könne.

Landung von Luftschiffpassagieren in Segelflugzeugen

W.B. Lathrop, 1. Febr. (Tel.) Das Marineluftschiff „Los Angeles“ führte gestern mit bestem Erfolge ein interessantes Manöver aus. Während die „Los Angeles“, umschwebt von drei kleineren Luftschiffen, über dem hiesigen Flugfeld in einer Höhe von 900 Meter freiste, ließ das Luftschiff ein an ihm befestigtes 204 Pfund schweres Gleitflugzeug mit einem 125 Pfund schweren Piloten frei. Das Flugzeug glitt grazil zur Erde und landete 12 Minuten später. Dieser Versuch, der erste seiner Art, wurde ausgeführt, um die Möglichkeit einer Landung von Passagieren vom Lenkluftschiff aus in Segelflugzeugen zu beweisen.

Der **Badarzt Dr. Peter Richter in Bonn**, der wegen Mordes an einer Krankenschwester zum Tode verurteilt worden war, wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

D. B. Karlsruhe, 31. Jan. In der Nachmittagsitzung des Bad. Landtages wurde die **Justizdebatte**

zu Ende geführt. Abg. Dr. Leers (Dem.) führte im Zusammenhang mit der Besetzung des Justizministerpostens aus: Wir legen Wert darauf, zu betonen, daß wir mit dem Gang der Regierungsbildung nicht einverstanden und der Ansicht sind, daß jedes Ministerium voll besetzt werden muß.

Es sprachen noch die Abg. Böning (Komm.) und Frau Richter (Dnt.), die wiederholte, daß es nicht angängig sei, das wichtige Ministerium der Justiz mit einem Nichtjuristen zu besetzen.

Abg. Grothaus (Soz.) beschäftigte sich mit dem Problem der Fürsorgeerziehung und wünschte, daß die Zöglinge nicht länger als notwendig in den Anstalten zurückgehalten werden.

Der **Zentrumsabg. Deufel** berichtete über den demokratischen Antrag betr. die **Zusammenlegung der Rheinischfahrsgerichte** und beantragte die Zustimmung. Auch die Regierung ist mit der Tenenz des Antrages einverstanden; statt mit 15 Rheinischfahrsgerichten glaubt man mit 3 auskommen zu können.

Zwischendurch gab der Präsident einen **nationalsozialistischen** Antrag bekannt, demzufolge das **Gehalt eines Parlamentarismisters** in Baden auf 16 000 RM jährlich festgesetzt werden soll.

Abg. Vok (Komm.) erhielt sodann das Wort zur Begründung einer Reihe von **Streidungsanträgen**. Er leitete sie mit einem heftigen Protest gegen die Beschränkung der Redezeit ein.

Die Abg. Frau Langendorf (Komm.) forderte in einem **Antrage die Aufhebung der Fürsorgeerziehung**. Darauf wurde in

die Spezialberatung

eingetreten. Die zu den einzelnen Titeln gestellten Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt, ebenso der nationalsozialistische Antrag betr. das Ministergehalt.

Im Verlaufe der Beratungen brachten die Abg. Witsch (Soz.) und Hagin (Wirtsch. u. Bauernp.) den **Fall Schwalbe** in Schoppheim zur Sprache. Sie führten lebhaft Klage über das Verhalten von Untersuchungsrichter und Staatsanwaltschaft. Durch die lange Einzelhaft habe man den Mann dazu gebracht, daß er sich das Leben genommen habe. Die Familie sei ruiniert, und die Regierung habe die Pflicht, sich der Frau mit ihren vier Kindern anzunehmen.

Abg. Dr. Walder (D. Vp.) richtete an den Justizminister die Bitte, gleich seinem Vorgänger für die Zulassung der Rechtsanwältin bei den Arbeitsgerichten einzutreten. Eine weitere Bitte bezog sich auf die **Sammelheizung in Mannheim**.

Abg. Schneider (Ztr.) stellte fest, daß das Personal kaum noch mehr verringert werden könne. Mit dem Abbau der planmäßigen unteren Stellen sollte man nicht zu weit gehen.

Abg. Wenth (D. Vpt.) äußerte Wünsche zur **Arbeitsgerichtsbarkeit** und verwandte sich für die Unterbringung älterer Angestellten bei den Behörden.

Abg. Dr. Wälsch (Dem.) wünschte, daß die Kandidaten vor dem zweiten Juristischen Examen sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut machen.

Minister Dr. Remmele erinnerte allen Personalabbauwünschen gegenüber an die schwierige Finanzlage. Eine Erleichterung des Arbeitsmarktes durch Unterbringung älterer Angestellter bei den Behörden sei nur in sehr beschränktem Umfang möglich.

Darauf wurde das Kapitel 2, Gerichte und Staatsanwaltschaften, genehmigt.

Beim Kapitel 3 unterstrich der Abg. Witsch (Ztr.) den Wunsch, es bei der derzeitigen Organisation der Notariate und Grundbuchämter zu belassen.

Beim Kapitel „Fürsorgeerziehung“ wurde ein Antrag angenommen, wonach eine von der Regierung zu bestimmende geeignete Persönlichkeit die Verhältnisse an der Anstalt feststellen soll.

Ohne wesentliche Debatte werden die restlichen Etatartikel erledigt. Der Gesamtat des Justizministeriums wurde mit 45 Stimmen der Regierungsparteien und dem Evangelischen Volksdienst gegen 20 Stimmen der Opposition angenommen.

Der Antrag der Nationalsozialisten betr. Verjudung der Justiz findet keine Mehrheit. Angenommen wurde ferner der Antrag betr. die Zusammenlegung der Rheinisch-Westfälischen Justizbezirke. Die Eingabe der Gerichtsvollzieher und Justizsekretäre sowie die Gesuche der Randgemeinden und des Verbandes badischer Gemeinden wegen Erhaltung des Notariatsbezirks Tengen wurden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Nächste Plenarsitzung: Donnerstag, 6. Februar, vorm. 9 Uhr.

Aus der badischen Landwirtschaft

Ausbildung von Saatgut- und Versuchstechnikern. An der Saatgutanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer in Rastatt ist ein einjähriger Kurs für Saatgut- und Versuchstechniker eingerichtet zur praktischen und theoretischen Ausbildung in allen Teilen des Saatgutwesens und der Feldversuchstechnik. Bedingung für die Teilnahme ist eine mindestens zweijährige praktische Ausbildung in der Landwirtschaft und der erfolgreiche Besuch einer landwirtschaftlichen Fachschule.

Zuchtfarrenmarkt in Offenburg. In Offenburg findet am 11. Februar d. J. ein Zuchtfarrenmarkt statt mit einem Auftrieb von nahezu 150 Farren. Es ist günstige Gelegenheit zum Ankauf von in der Zuchtbücher eingetragenen Farren geboten. Näheres in der Ankündigung im Infanterieheft dieser Nummer des Blattes.

Gemeinderundschau

Karlsruher Wohnungsbau 1930

Wie schon gemeldet, hat der Stadtrat Karlsruhe beschlossen, dem Bürgerausschuß eine neue Wohnungsbauvorlage zu unterbreiten. Im den Bauunterlagen die Möglichkeit zu geben, ihre Bauvorhaben so vorzubereiten, daß sie nach Genehmigung der Mittel durch den Bürgerausschuß alsbald mit den Bauten beginnen können, hat der Stadtrat schon jetzt einer Anzahl von Bauherren die gelobte Förderung zugesagt, jedoch vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses zur Wohnungsbauvorlage. Im ganzen handelt es sich um 95 Wohnungen mit Bauhypotheken von 369 500 M und Zinsbeihilfen aus einem Förderungsbetrag (gedachten Kapital) von 853 300 M. Die zu fördernden 95 Wohnungen verteilen sich auf 17 Gebäude, nämlich 8 Gebäude mit je 8 Wohnungen, 5 Gebäude mit je 4 Wohnungen, 3 Gebäude mit je 3 Wohnungen und 1 Gebäude mit 2 Wohnungen. Von diesen Neubauten liegen je 2 im Bahnhofgebiet, in der Südweststadt und in der Weststadt, 4 Neubauten fallen auf die Südstadt, 3 auf den Stadtteil Mühlburg und 1 Neubau auf die Innenstadt. Weitere 3 Neubauten befinden sich im Vorortgebiet. Die meisten der Wohnungen erhalten 8 Zimmer, nämlich 72; der Rest verteilt sich auf 18 Zwei-, 2 Vier- und 3 Fünfstimmernwohnungen.

Die Fürsorgeerziehung der Städte. Der Deutsche Städtetag veröffentlicht das Ergebnis seiner Erhebungen über die Fürsorgeerziehung in 89 Groß- u. Mittelstädten. Danach wird jeder 28. Karlsruher öffentlich unterrichtet. Der Fürsorgeaufwand stellte sich im Rechnungsjahr 1927/28 auf 4 162 000 Reichsmark, das ist auf den Kopf der Einwohnerzahl 27,60 Reichsmark. — In Durach beziehen 3500 Personen = 20 Prozent der Bevölkerung städtische Unterbringung.

Aus der Landeshauptstadt

Postamt Rappentwürt

Die Einrichtung und die Arbeit der städtischen Vogelwarte bezeugt den lebhaften Interesse weiter Bevölkerungskreise. Seit der Eröffnung der Anstalt Mitte Oktober 1929 haben an den öffentlichen Besichtigungstagen (Mittwoch, Samstag, Sonntag 14—17 Uhr) trotz meist ungünstiger Witterung 5000 Personen gegen ein Entgelt von 20 Pf die Einrichtungen der Warte besichtigt.

An der Anstalt haben inzwischen zahlreiche Einführungs- und Unterrichtskurse für Behördenvertreter, die Lehrkörper der Karlsruher Volks- und höheren Schulen sowie forst- und landwirtschaftliche Schulen stattgefunden; sie dienen der Einführung in die Vogelkunde mit dem Ziel, die wirksamsten Methoden des Vogelschutzes, der Vermehrung der heimischen Vogelwelt und damit einer natürlichen Schädlingsbekämpfung zu verbreiten. Die Kurse fanden bei der lebendigen Veranschaulichung der Lehrgegenstände in den Vogelschutzhäusern und in der Natur der Insel Rappentwürt starken Anklang und werden dauernd fortgesetzt. Eine Anzahl interessierter Vereine hat die Vogelwarte geschlossen besucht. Das Interesse auswärtiger Städte und Institute gibt sich durch ständige Besuche kund. Ganz besonders nachhaltige Eindrücke empfängt die Schuljugend von der Vogelwarte, die in erster Linie für schulische Zwecke errichtet ist. Die Besichtigungen durch Schüler und Schülerinnen unter Führung und Unterweisung der in den Kurven vorgebildeten Lehrer haben zum Teil sehr wertvolle Arbeiten gezeitigt und werden mit Eintritt in umfangreicher Weise weiterhin durchgeführt.

Publikum und Straßenbahn

Anlässlich der Erörterung von Straßenbahnangelegenheiten hat der Stadtrat Karlsruhe auch über das Verhalten des Publikums bei den Straßenbahn benutzenden Publikum gesprochen. Man war sich auf Grund manigfacher Beobachtungen darüber einig, daß auch das Publikum zu einem guten Teil zu einer glatten und raschen Entwicklung des Verkehrs beitragen kann. Leider fehlt es hier im Vergleich zu mancher anderen Stadt noch ziemlich viel an der nötigen Übung.

Im Interesse einer Verkürzung der Wartezeiten an den Haltestellen ist ein rasches Ein- und Aussteigen dringend erwünscht. Man kann aber oft gerade das Gegenteil beobachten. Bei stärkerem Andrang ist es unbedingt notwendig, daß die zuerst einsteigenden Personen in das Wageninnere, und zwar möglichst weit nach vorne sich begeben, und nicht, wie man es oft erleben muß, auf der hinteren Plattform sich zusammenandrängen, über schlechte Organisation bei der Straßenbahn reden, selbst aber weder durch gütliches, noch energisches Zureden des Schaffners sich bewegen lassen, einige Schritte ins Wageninnere zu gehen. Auch eine bessere Verteilung auf die einzelnen Wagen, insbesondere auf die Anhängewagen, die meistens schwächer besetzt sind, als die Motorwagen, würde die Abmildung des Verkehrs reibungsloser und rascher ermöglichen. Genau wie das lange Absteigen von Bekannten während des Einsteigens heute schon in Karlsruhe im allgemeinen der Vergangenheit angehört, so würde es einen weiteren großen Fortschritt bedeuten, wenn die Fahrgäste in ihrer Gesamtheit die vorstehenden Anregungen befolgen würden. Es wäre dadurch dem Straßenbahnpersonal und dem Publikum in gleicher Weise gebient.

Kolonial- und Marineausstellung. Von 12. Juli bis 4. August d. J. findet in der Städtischen Ausstellungshalle eine von der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe veranstaltete Kolonial- und Marineausstellung statt.

Tierasyl. Der Tierasylverein beabsichtigt, in geeigneten Gebäuden der ehemaligen Artilleriecaserne Gottesau ein Tierasyl einzurichten, das Raum für etwa 30 Hunde und ebenso viele Katzen bietet. Der Stadtrat erklärte sich bereit, für diesen Zweck dem Tierasylverein die in das Eigentum der Stadt übergegangene ehemalige Schmiede an der Schlachthausstraße und Teile der antihofenden Remisen 4 und 6 zu überlassen.

Die Arbeiten für die Kollektifizierung der Kleinbahnstrecke Karlsruhe-Darmstadt gehen ihrem Ende entgegen. Die elektrischen Zugwagen, welche die alten Dampflokomotiven ersetzen sollen, werden in wenigen Wochen in Betrieb genommen werden können. Zur Zeit wird an Stelle der veralteten Fernsprechanlage eine moderne Streckenmelde- und Streckensicherungseinrichtung angelegt.

Badisches Landestheater. „Die Dreigroschenoper“ von Bert Brecht und Kurt Weill wird — außer Riete — am Montag, dem 3. Februar, wiederholt. — Weitere Wiederholungen der Woche sind Humperdincks Märchenoper „Hänsel und Gretel“ nebst anschließender „Tanzsuite“ (Der Aufhänger) von Tschaiowski am Dienstag, dem 4., die Komödie „Der Marich auf Rom“ von Sherwood am Mittwoch, dem 5., Verdis Oper „Rigoletto“ am Donnerstag, dem 6., und Mailarts komische Oper „Das Mädchen des Eremiten“ (für die Volksbühne) am Freitag, dem 7. Februar. Am Samstag, dem 8. Februar, geht Kleffs „Rätschen von Heilbrunn“, von Felix Baumhach neuinstudiert, mit Elisabeth Vertram in der Titelrolle zum erstenmal wieder in Szene, und am Sonntag, dem 9. Februar, erfolgt die Erstaufführung des Singspiels „Die Briganten“ (Les brigants) von Jacques Offenbach, inszeniert von Hans Eddras Mühlenbecher, unter musikalischer Leitung von Rudolf Schwarz. — Als Sonntagnachmittags-Vorstellung kommt Humperdincks „Hänsel und Gretel“ nebst Tschaiowski „Tanzsuite“ (Der Aufhänger) zur Wiederholung. — Im Konzerthaus gelangt das Lustspiel „... Vater sein dagegen sehr“ von Edward Childs Carpenter am Sonntag, dem 9. Februar, zur dritten Aufführung.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über dem Nordatlantik haben Luftmassen polaren Ursprungs hohen Druck aufgebaut. Die an seiner Südseite aus der russischen Antizyklone ausströmende Kaltluft hat in Deutschland zu Schneefällen und Frost geführt. Heute morgen liegt die atlantische Depression südlich von Jeland mit Kurs nach Südosten. Nach Nordosten versperzt ihr der nordwesteuropäische Kaltluftblock den Weg, so daß mit Abzug des Tiefs in südlicher Richtung zu erwarten ist. Wetterausblick: Ebene meist trocken, Gebirge zeitweise leichter Schneefall, leichter Nachtfrost, schwache Luftbewegung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Erdböden im Feldberggebiet?

Freitag abend, 10 Minuten vor 9 Uhr, wurde — wie aus Freiburg berichtet wird — auf dem Feldberg und seiner Umgebung ein unterirdisches Rollen wahrgenommen, über dessen Ursache nähere Angaben noch nicht gemacht werden können. Die gleiche Erscheinung wurde auch in dem dem Feldberg nach Norden zu vorgelagerten Bärenthal beobachtet, ebenso nach Süden in Todtnau. Auch aus St. Blasien sind Mitteilungen eingegangen, daß man dort unterirdisches Rollen und Poltern vernommen habe. Vermutlich handelt es sich um ein örtliches Erdbeben.

Auch in Billingen hat man um die gleiche Zeit ein hartes unterirdisches Rollen wahrgenommen, besonders in ruhigen, abseits gelegenen Häusern. Das donnerähnliche Geräusch dauerte zwei Sekunden einschließlich des An- und Abrollens. Namentlich war die Bewegung der Erdoberfläche so stark, daß Wälder an der Wand in Schwingung versetzt wurden bzw. sich verschoben.

Nummer 2 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält die kürzlich vom Landtag beschlossenen Gesetze über Bürgerpflicht des Landes Baden bis zum Höchstbetrage von 900 000 M für einen Überbrückungskredit an die Badische Bauernbank e. G. m. b. H. sowie über eine Bürgerpflicht des Landes Baden für Darlehen an die Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. in Tauscherhofsheim in Höhe von 300 000 M.

DJ. Baden-Baden, 1. Febr. In der Zeit der Landtagswahlkampfes trat, wie erinnerlich, der volksparteiliche Stadtrat Gupta in einer Versammlung der Nationalsozialisten für deren Ideengänge ein. Die Ortsgruppe Baden-Baden der Deutschen Volkspartei beschloß darauf seinen Ausschluß, der von dem Betroffenen aber nicht akzeptiert wurde. Jetzt hat Stadtrat Gupta sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt und dem Oberbürgermeister davon in einem Schreiben Kenntnis gegeben.

DJ. Meinz, 30. Jan. Gestern morgen ist nach mehrjähriger, qualvoller Leiden Bürgermeister Karl Schirmer gestorben. Seit 1919 war er Bürgermeister und als solcher weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus bekannt.

bd. Singen a. S., 31. Jan. Der 54 Jahre alte Gemeindevorsteher und Landwirt Otto Futerkerl in Vietzheim bei Singen hatte sich wegen Amtsuntersüßung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis unter Bewährungsfrist bis 31. Januar 1933.

Nimm „Frank“ zu jedem

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. Februar		31. Januar	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	167.76	168.10	167.84	168.18
Kopenhagen 100 Kr.	111.84	112.07	111.85	112.07
Italien . . . 100 L.	21.875	21.206	21.875	21.915
London . . . 1 Pf.	20.377	20.385	20.345	20.385
New York 1 D.	4.1815	4.1895	4.1820	4.1900
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.41	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.645	80.885	80.705	80.865
Wien 100 Schilling	58.86	58.96	58.87	58.99
Prag . . . 100 Kr.	12.377	12.393	12.372	12.392

Vertrag zwischen Landesgewerbebank für Südwestdeutschland und Süddeutsche Bank. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ soll zwischen der Süddeutschen Bank und der „Frag“ einerseits und der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland andererseits ein allerdings noch nicht endgültig genehmigter Vertrag abgeschlossen worden sein, durch den alle bisher bestehenden Unklarheiten zwischen der Landesgewerbebank und der Süddeutschen Bank aus der Welt geschafft werden und die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG. von sehr erheblichen Abwehrpflichten entlastet werden sein. Für die Landesgewerbebank bedeutet dieser

Vertrag die reinliche Ausscheidung aller abseits des genossenschaftlichen Geschäftes liegenden Angelegenheiten. — Nach weiteren Erfindungen eilt diese Meldung den Tatsachen immer mehr voraus, als zwar eine generelle Einigung erzielt ist, zur Zeit aber noch verhandelt wird. Sobald die Angelegenheit perfekt ist, wird Mitteilung von zuständiger Stelle zugehen.

Außergerichtlicher Vergleich. Homburger Mühlenwerke, Gebr. Lorch, Homburg (Saar), und Gebr. Lorch, Mannheim, die ihre Zahlungen eingestellt hatten, haben sich in einem außergerichtlichen Vergleich mit ihren Gläubigern geeinigt.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.

Dem hessischen Pferdebeachtverein in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 28. Januar 1930.
Der Minister des Innern
J. A. Schwarz.

Buchmacher in Mannheim.

Der Frau Rudolf Tischer Witwe, Emilie geb. Hilbrand, in Mannheim ist die Erlaubnis erteilt worden, bis zum 30. Juni 1930 im Erdgeschoss des Hauses Q 4, 17 Betten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 29. Januar 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Vermessungswesen.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Vermessungswesen beginnt

Mittwoch, den 19. März 1930.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 17. Februar 1930 bei der Wasser- und Straßenbaudirektion eingzureichen.

Karlsruhe, den 29. Januar 1930.
Der Minister der Finanzen
A. B. Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Verwaltungsinspektor Hermann Pfister in Mannheim zum Revisionsinspektor beim Bezirksamt Heidelberg.

Planmäßig angestellt:
Verwaltungspraktikant Hermann Aebels bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Verwaltungssekretär.

Entlassen:
Gendarmereihauptwachmeister Friedrich Stais in Weinsheim.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:
Zum Vorstand des Wasser- und Straßenbauamts Oberlingen Regierungsbaurat Eugen Widmann, u. Bauinspektoren Karl Jäger bei der Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe, und Johann Rinz beim Wasser- und Straßenbauamt Rastatt.
Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes:
Finanzinspektor Jakob Bauer in Karlsruhe.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 3. bis 10. Februar 1930

Montag, 3. Febr. Außer Riete: Sondervorstellung des Julius „Zeittheater“: Die Dreigroschenoper. Ein Stück mit Musik von Bertolt Brecht. 20 bis gegen 23 (7 M).

Dienstag, 4. Febr. * A 14. Th.-Gem. 101—200 u. 501—600. Hänsel und Gretel. Märchenoper von Humperdinck. Hierauf: Tanzsuite. Von Tschaiowski. 20 bis 22½ (7 M).

Mittwoch, 5. Febr. * B 14. Th.-Gem. III. S.-Or. 2. Hälfte und 601—700. Der Marich auf Rom. Komödie von Sherwood. 20 bis 22½ (5 M).

Donnerstag, 6. Febr. * D 16 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 701—800. Rigoletto. Von Verdi. 19½ bis gegen 22 (7 M).

Freitag, 7. Febr. Volksbühne 2. Das Mädchen des Eremiten. Komische Oper von Mailart. 19½ bis 22 (7 M).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Samstag, 8. Febr. * E 14. Th.-Gem. 351—400 und 1001 bis 1100. Neu instudiert: Das Rätschen von Heilbrunn oder: Die Feuerprobe. Großes historisches Ritterhauspiel von Kleff. 19½ bis nach 22½ (5 M).

Sonntag, 9. Febr. Nachmittags: 9. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Hänsel und Gretel. Märchenoper von Humperdinck. Hierauf: Tanzsuite. Von Tschaiowski. 15 bis 17½ (4 M).

Abends: * G 14. Th.-Gem. 801—900. Zum erstenmal: Die Briganten. Weiteres Singpiel von Offenbach. Neubearbeitung von Dr. Roether und Schuß. 19½ bis gegen 22½ (8 M).

Montag, 10. Febr. 6. Sinfoniekonzert. Solist: Josef Reichher (Violine). 20 bis 22 (5 M).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 9. Febr. * . . . Vater sein dagegen sehr. Komödie von Carpenter. 19½ bis nach 21½ (4,10 M).

Umtausch für Inhaber von Blockfesten Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Die Februarrate für Platzmiete kann in der Zeit vom 1. bis 5. Februar an der Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters eingezahlt werden. Ab 6. Februar erfolgt Hauszugang. Gangegebühr 50 Pf.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Telephon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Waldstraße, Telephon 388; und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 169, Telephon 1420; Zigarrenhandlung Fr. Brunnet, Kaiserallee 29, Telephon 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Telephon 503.

Geschäftliches

Wie man gut und sparsam Kaffee zubereitet! Hierüber herrschen in Hausfrauenkreisen verschiedene Ansichten, denn einerseits ist die Gesundheit der Familienangehörigen maßgebend, andererseits spielt aber der Geldbeutel vielfach eine große Rolle. In einem Punkt sind sich jedoch alle Frauen einig, daß nämlich der Kaffee-Zusatz von großer Bedeutung für Geschmack und Farbe des fertigen Kaffeegetränkes ist. Manchmal ist die Wahl zwar schwer, doch wird die erfahrenste Hausfrau immer zu „Recht Frank“ mit der Kaffeemühle greifen, weil er ihr als feines und ausgiebiges Zichorienkaffee-erzeugnis bekannt ist und dadurch für ein gutes, würziges Kaffeegetränk bürgt.

WEISSE WOCHEN

OHLFEILE AREN

Gardinen
Möbelstoffe
Teppiche

10%

auf reguläre Ware
mit wenigen Ausnahmen

UND TROTZDEM NUR QUALITÄT

DREYFUSS & SIEGEL

Kaiserstraße 197

Achtung!

Die neuzeitl. prachvoll
ausgestatteten Räume
des neuen

Kaffee des Westens

werden
heute abend
7 Uhr

eröffnet

Musikalische
Darbietungen des
ungarischen
Violinvirtuosen

Farkas Lajos

mit seiner

Künstler-
kapelle

Heute bis 4 Uhr früh
geöffnet

R.144

Beim Arbeitsamt Bruchsal ist die Stelle des

Vorsitzenden

infolge Veretzung des derzeitigen Stelleninhabers neu zu besetzen. Die Besetzung erfolgt nach Gruppe A 2c der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestellten — nach Vergütungsgruppe M (XI) des Vergütungstaxtarifs für die Angestellten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Bewerbungen um diese Stelle mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen sind bis spätestens 15. Februar d. J. bei dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südbadens, Stuttgart, Hegelstraße 1, einzureichen.

R.146

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

571

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Offenburger Zuchtfarrenmarkt

Dienstag, den 11. Februar 1930
in Offenburg

Beginn: 10 Uhr

Mittelbadischer
Fleckviehzuchtverband Freiburg

Öffentliche Sparkasse Säckingen

Bilanz per 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	2 301,20	1. Spareinlagen	1 975 275,12
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken und Postsparkassent	50 816,24	2. Zu 12 1/2% aufgewertete Spareinlagen	785 807,14
3. Wertpapiere	169 426,62	3. Giro- u. Scheckeinlagen	244 405,54
4. Wechsel	27 676,56	4. Anlehenskapitalien	18 545,62
5. Darlehen gegen I. Hypothek	1 159 636,20	5. Ausgaberrückstände	3 808,71
6. Darlehen in laufender Rechnung	182 349,48	6. Rücklagen	89 760,06
7. Darlehen an öffentlich rechtliche Körperschaften	660 502,43	7. Reingewinn hierbon: a) zum gesetzl. Reservefonds	21 223,94
8. Einlage beim Badischen Sparkassen- und Giroverband	55 000,—	b) zu Sonder- rücklagen	18 867,58
9. Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	65 188,—		
10. Grundstückaufgelber	45 904,—		
11. Faustpfanddarlehen	5 140,—		
12. Verwaltungsgebäude u. sonst. Liegenschaften	37 735,93		
13. Gerätschaften	13 840,—		
14. Einnahmerückstände	43 663,50		
15. Aufwertungsaktiven: a) Hypotheken usw.	527 128,69		
b) Effekten	30 703,40		
16. Aufwertungsausgleichs- konto	80 681,46		
	3 157 693,71		3 157 693,71

Berechnung der Rücklagen:

Nach § 21 der Anstaltsstatuten hat die Rücklage zu betragen:
5% aus dem Gesamteinlageguthaben von 2 219 680,— RM 110 984,— RM
Sie beträgt auf Jahresabschluss 1929 110 984,— RM

Säckingen, den 24. Januar 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Frunger.

Der Geschäftsführer:
Rabenberger.

Druck G. Braun, Karlsruhe

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
Sonntags 3 1/2, und 8 Uhr

Das Mädel vom Broadway

Freihändiger Nadelstammholzverkauf

Staatliches Forstamt Bilsingen (Schwarzw.), Donnerstag, 13. Februar 1930, nachmittags 1/2 5 Uhr: 3978 fm Fi., La., Fo., Stammholz in 24 Rosten. D.105 Losverzeichnis durch das Forstamt.

Auf Grund der Verordnung über die Bekanntmachungspflicht öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 16. 11. 1929 (RGBl. I vom 23. 11. 1929) geben wir bekannt, daß am 31. 12. 1929 insgesamt 709 500 Goldmark unferer 8% Goldhypothekenspandbriefe, Reihe I, in Umlauf waren. Am gleichen Tag waren in das Deckungsregister 1 162 800 RM eingetragen. Badische Kommunale Landesbank.

D.108. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Heinrich Schild in Karlsruhe, Amalienstr. 9, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: Freitag, den 14. Februar 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Alabemiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 43. Karlsruhe, 29. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

Badisches Landestheater
Sonntag, 2. Februar 1930
* C 14

Die verkaufte Braut

Romische Oper v. Smetana

Dirigent: Krips
Regie: Reubenbecher

Mitwirkende:

Blant, Grünwald, Sehfert, Seiberlich, Kallab, Gröbinger, Hofpach, Riefer, Böser, Müller, Rentwig, Schuster.

Anfang 19 1/2, Ende 22
Preise D (1—8 RM)

Montag, 3. Februar 1930

Außer Miete

Sondervorstellung
des Zyklus „Zeittheater“

Die Dreigroschenoper

Ein Stück mit Musik
von Brecht-Weill

Regie: Baumbach

Dirigent: (am Flügel)

Keilböck

Mitwirkende:

Bertram, Rademacher, Riegler, Janz, Brand, Gemmeke, Graf, Herz, Kneble, Wegner, Müller, Prüter, Schulze, Gröbinger, Hofpach, Kalmbach.

Anfang 20, Ende geg. 23
1. Rang und 1. Sperrreihe 7 RM
Kartenausgabe zu der Sondervorstellung nur an der Theaterkasse.

Di, 4. Febr.: Hänsel und Gretel, Hierauf: Tanzsuite.

Im Stadt. Konzerthaus

* Sonntag, 2. Februar 1930

... Vater sein dagegen sehr

Romödie von Carpenter
Regie: Herz

Mitwirkende:

Genter, Rademacher, Riegler, Hebeisen, Janz, Seiling, Brand, Dahlen, Graf, Höder, Wegner, Schneider, Schulze.

Anfang 19 1/2, Ende n. 21 1/2
I. Parfett 4,10 RM